

Volks-Zeitung

Die deutsche Verfassung von der Entente anerkannt.

Gültig auch im besetzten Gebiet.

Paris, 6. Dezember.

Die „Allied Press“ wird aus Wiesbaden telegraphiert: Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung als gültig anerkannt haben. Die deutsche Verfassung ist demnach auch im besetzten Gebiet als anwendbar zu betrachten. Die Verfassung vom 11. August, die die Verdringung deutscher Beamten auf die neue Verfassung unterlag, ist außer Kraft getreten.

Paris, 6. Dezember.

Eine Verordnung des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee bestimmt, daß die während des Krieges von der deutschen Regierung verwandte Regelung betreffend Nationalisierung und Verteilung der Lebensmittel (Ration, Alkohol, Futtermittel usw.) auf diejenigen Waren keine Anwendung findet, die in die durch die Rheinarmee besetzten Gebiete aus den alliierten Ländern eingeführt werden. Sobald diese Waren vorrätig sind, sollen diese Güter in das besetzte Gebiet unter Vermeidung des Handelsverkehrs auf dem Wasserweg auf Befehl der Berliner Wirtschaftsstelle beschlagnahmt werden.

Die folgenschwere Auslieferungstrage.

Eine warnende Ententepläne.

Paris, 6. Dezember.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“, Georges Blum, telegraphiert vom 4. Dezember: Das Interesse, das bis jetzt die Frage der Zurückführung der Kriegsgefangenen gefunden habe, verschwindet vollkommen hinter so schweren Folgen, die sich anlässlich der Auslieferung politischer und militärischer Persönlichkeiten ereignen würden. Er habe in politischen Kreisen eine günstige Rundfrage über diese Frage veranlaßt, und er müsse sagen, daß diese Lösung mehr als jede andere bevorzugt wird. Nicht nur würden sich die Schuldigen energig gegen sie wehren, sie würden auch den Reichsbesitzern die größte Gefahr darstellen, um sie auszuliefern, ohne eine nationalpolitische Volkserhebung zu provozieren, die dem Reich heftig sein würde, daß das augenblickliche Regime Gefahr laufe, in wenigen Tagen entfernt und ersetzt zu werden durch ein Kabinett nationalpolitischer und reaktionärer Reaktionen, dessen erste Handlung sein würde, die Erklärung des Vertrags von Versailles abzuleugnen. Dann werde ebenfalls der Kronprinz zurückkehren, da aber die Massen der Wiederherstellung des ancien regime feindlich gegen ihn seien, werde eine neue Revolution das Land in das unermessliche Chaos führen. Die Lage sei sehr ernst. V. Simon habe, indem er die Wägen hinter sich abgedrückt, der deutschen Regierung seiner Dienst geleistet. Aber die Frage der Auslieferung sei eine solche, deren Lösung die schwersten Folgen nach sich ziehen könne.

Clemenceaus Rücktritt.

Am 6. Februar?

Paris, 6. Dezember.

Die „Petit Journal“ teilt mit, ist in den Verhandlungen der Kammer gestern mitgeteilt worden. Ministerpräsident Clemenceau werde drei Tage nach der Präsidentschaftswahl, also am 6. Februar, zurücktreten.

Wöchentliche Berichte über Wilsons Befinden.

Paris, 6. Dezember.

„Nouvelles Courant“ meldet aus Washington: Im allen sensationellen Gerüchten über eine angebliche Verschlimmerung des Befindens des Präsidenten Wilson entgegenzusetzen, wurde beschlossen, in Zukunft über die seinen Gesundheitszustand wöchentliche Berichte zu veröffentlichen.

Die Hungerkrafen der Scapa-Flow-Befestigungen.

Paris, 7. Dezember. (W. Z. B.)

Aus Anlaß der über die Scapa-Flow-Befestigungen nachgelassenen Nachrichten verhängten Hungerkrafen ist die Schweiz als deutsche Schutzmacht in Anspruch genommen. Die Befestigungen sind eingewickelt, und falls der Sachverhalt zutrifft, sollte nachdrücklich Einspruch gegen die größte Verletzung der Grundzüge der Menschlichkeit bei der britischen Regierung zu veranlassen. Gleichzeitlich ist die Schweiz gebeten worden, die nach übereinstimmenden Nachrichten aus den Kreisen der Angehörigen der Befestigungen hierher gelangten Beschwerden über sonstige inhumane Behandlung an Ort und Stelle prüfen und nach Möglichkeit abheben zu lassen.

Radek auf dem Wege nach Dornspitz.

Berlin, 7. Dezember. (W. Z. B.)

Wie wir erfahren, hat Radek, der vor einigen Tagen aus der Ghafat entlassen worden war, unmittelbar Berlin verlassen, um an der Dornspitzer Konferenz teilzunehmen.

Die Reichswehr verweigert. Wie W. Z. B. teilt mit, ist die Verdringung sämtlicher Reichswehrtruppen durchgefallen. Der Reichstag des demokratischen Reichsverbandes Berlin-Gebiet am 7. Uhr pünktlich findet im Hotel „König von Portugal“ (Wartburg 10) der Parteitag des Reichsverbandes Berlin der deutschen demokratischen Partei statt. Die Tagung ist von besonderer Bedeutung, da auf ihr die Wahl des neuen Vorstandes der Berliner Partei erfolgt.

Die feindliche „Abschluß“-Note überreicht?

Kein „Ultimatum“ oder ein „Befehl“. — Nachdrückliche Aufforderung zur Unterzeichnung des Protokolls. Drohung mit militärischen Maßnahmen.

Paris, 7. Dezember. (Gavas.)

Die Note an Deutschland, deren Text gestern vormittag durch den Obersten Rat einstimmig genehmigt worden war, ist der deutschen Delegation im Laufe des Nachmittags noch nicht überreicht worden. Möglicherweise wird der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, die Note heute dem Baron v. Reuter überreichen.

Paris, 6. Dezember. (Gavas.)

Zum Beschluß der Vertreter der Großmächte über die Unterwerfung auf den deutsche Begehren hinsichtlich des Austausches der Ratifikationsurkunden und Inkraftsetzung des Friedensvertrages am 1. Dezember ist zu bemerken: Die durch diesen Beschluß erneut bestätigte Einigkeit der Mächte, die unter den Alliierten herrscht, ist die bedeutendste Antwort, die auf die Imtriede (N) der deutschen Regierung gegeben werden kann. Das tiefste Gefühl ist über die Note der Alliierten wurde natürlich noch bewahrt. Wir glauben immerhin mitteilen zu können, daß sie in entgegenstimmigen Worten gehalten ist und zugleich die wünschenswerten Maßnahmen in Aussicht stellt. Man kann als gewiß annehmen, daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Vielleicht kann man unter diesen Umständen sogar hoffen, daß Deutschland vor Ende der nächsten Woche zum Austausch der Ratifikationsurkunden wird. Bezüglich der Gefangenentrage erinnert die Note daran, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen wird. Hinsichtlich der Besetzung der Schiffe Scapa Flow und der diebeiläufig geforderten Kompensationen wird auf die Einwände der deutschen Delegation in einer besonderen Note geantwortet. Der Oberste Rat schließt damit, daß er die deutsche Regierung nachdrücklich auffordert, das Protokoll über die Rückführung des Waffensitzstandsvertrages zu unterzeichnen. Sowas wäre er gewöhnt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen.

Angesichts der besonderen Wichtigkeit der Note wird diese von Dutasta dem Chef der deutschen Delegation, Freiherrn v. Versner, persönlich übergeben.

Paris, 6. Dezember.

Nach der heutigen Sitzung des Fünferrats traten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der sie den Text der Antwort auf die Mitteilung festgestellt haben. Die Freiberger v. Reuter am vergangenen Montag im Betreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, gemacht hat. Der Beratung wohnten heute weder Marshall Hoch noch Marshall Wilson bei. Wie der „Temps“ sagt, wird die Antwortnote des Fünferrats an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation persönlich durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, überreicht werden und zwar ebenfalls erst Montag. Es handle sich nicht um ein Ultimatum, wie der „Intransigent“ schreibt, sondern um eine Instruktion, wie der „Temps“ sagt, also um einen ausdrücklichen Befehl. In Bezug auf Scapa Flow soll noch eine spezielle Antwort auf die von der deutschen Friedensdelegation überreichte Denkschrift nachfolgen. Der „Temps“ glaubt, daß sie die Verantwortlichkeit Deutschlands ohne Zweifel feststellen werde, die die deutsche Regierung vergeblich abzuwehren suchte, sie werde aber auch den Beweis liefern, daß der Oberste Rat nur von Billigkeitsgefühlen befehle sei. Der „Temps“ schreibt: Diese Billigkeitsgefühle werden übrigens auf alle Probleme angewendet werden, die der Fünferrat aufzuwerfen hat, und die Regierung von Berlin würde sicher seine Entscheidung selbst vor den Augen ihres Volkes haben, wenn sie abgelehnt würde, das Nötige zu veranlassen, damit der Friedensvertrag in Kraft trete.

berweit. Wir hätten dann nach der Ratifizierung dennoch keinen Frieden, sondern ständige Kriegsdrohung!

Die äußere Lage ist damit erneut auf einen Punkt angelangt, der uns den ganzen Ernst unserer Lage zeigt, in der wir einem hemmungslosen, deutegierigen Imperialismus ausgeliefert sind.

Milderung des Protokolls?

Auf vor Redaktionsschluß geht folgende Meldung ein, die um so überraschender ist, als sie dem „Matin“ entstammt. Danach hätte die Entente in eine Milderung des Protokolls gewilligt:

Paris, 7. Dezember.

Die „Matin“ teilt mit, enthält die Note, die jedenfalls morgen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation überreicht werden wird, keine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorschläge des Fünferates zu antworten. Sie enthält nur den Hinweis darauf, daß, falls die deutsche Regierung das Zusatzprotokoll nicht zeichnen und damit den Austausch der Ratifikationsurkunden unmöglich machen werde, der Waffensitzstand gekündigt werden wird. Die Note soll hinsichtlich der Besetzung der Scapa-Flow-Flotte im wesentlichen den Standpunkt, den der Fünferat eingenommen hat, aufrechterhalten, jedoch den vitalen Interessen des deutschen wirtschaftlichen Lebens Rechnung tragen. Die Note wird feststellen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich unverzüglich nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in die Heimat zurückgeführt werden. Eine weitere bedeutende Konzession werde hinsichtlich des Schlußsatzes des Protokolls, der bezieht auf militärische Gegenmaßnahmen, auch nach Wiederherstellung des Friedens vorläufig, gemacht werden. Die Alliierten verzichten darauf, Deutschland besonderen Drohungen zu unterwerfen. Sie begnügen sich mit den Maßnahmen, die durch die Bestimmungen des Vertrags von Versailles vorgesehen sind.

„Matin“ meint, der Fünferat sei Deutschland weit entgegengekommen, und die deutsche Regierung könne, ohne etwas von ihrer Autorität zu verlieren, das nunmehr geänderte Protokoll unterzeichnen. Es werde auch der deutschen Regierung leicht sein, auf etwaige Vorstellungen der Militärpartei zu antworten.

Ob diese Mitteilungen des „Matin“ richtig sind, wird sich ja alsbald zeigen.

Die erste amtliche Meldung über die Marloh-Tat.

Ullge und Hebe.

Wie wir bereits im gestrigen Morgenblatt ausführten, hat die Beweisnahme im Marloh-Prozess, die am Sonnabend geschlossen wurde, als objektives Endergebnis ergeben, daß im März in der Französischen Straße 29 unerschuldige Menschen, nur weil sie der Volksmarinendivision angehören oder angehört hätten, unzulässig erschossen worden sind. Am letzten Tage der Erscheinung, am 11. März, wurde über diesen Mord folgende amtliche Meldung herausgegeben:

In der Französischen Straße 29 wurde gestern die Raubmordmordung der Volksmarinendivision von Regierungstruppen begangen. Frühere Angehörige der jetzt aufgelösten Volksmarinendivision, die von dort nach Geld abholen wollten, sind festgenommen worden. Die Gefangenen trugen teilweise noch Waffen. Infolgedessen kam es bei der Verhaftung zu tätlichem Widerstand. Die Mannschaften der Regierungstruppen ließen sich von ihren Führern kaum vor Übergriffen zurückhalten, da die Eskortierung durch die Vorgänge der letzten Tage naturgemäß sehr gemindert war. Es wurde Munition, darunter auch Dum-Dum-Geschosse, beschlagnahmt. Von den rund 200 Gefangenen mußten 20 auf der Stelle standrechtlich erschossen werden.

Diese amtliche Bage erinnert noch Ekl und Inhalt an die Schweinemedungen nach Ausbruch des Krieges: Französische Flieger mit Bomben über Nürnberg, Zettelstrengung bei Aachen, Brunnenvergiftung in Metz usw. Die amtlichen Befehle im Jahre 1918 haben die Methode und Taktik ihrer Vorgängerinnen von 1914 befolgt. Damals, wie vier Jahre später, war der Zweck der Morden Verdringung der wahren Vorgänge und Verdringung der Bevölkerung.

Wegen des neuen Erfassungsbefehls der Entente. In der am 29. November in Hamburg abgehaltenen sechsten Tagung des Deutschen Seefahrtsauschusses, der Arbeitsgemeinschaft deutscher Reederei, Kapitäne, Schiffsoffiziere, Mannschaften aller Grade wurde unter anderem auch beschloffen, durch eine aus Reddern, Schiffsangeleiteten, Seeleuten gewählte Kommission dem Reichspräsidenten persönlich Vorstellung dagegen zu erheben, daß das Reich dem neuesten Erfassungsbefehl der Entente nachgibt.

Der Brand in der englischen Botschaft. Auf Befehl des Ministerpräsidenten der niederländischen Gesandtschaft in Berlin, britische Abteilung, Ritter van Rappard, an die Berliner Sicherheitspolizei wurde nach dem Brande für die englische Botschaft eine Wache in Stärke von acht Mann gestellt.